

November 2013: Stellungnahme zur

Ablehnung unseres Antrags: „*Verkleinerung der städtischen Gremien*“.

von Marcel Pritsch-Rehm, Fraktionsvorsitzender der FWG

Natürlich bedauere ich die Ablehnung unseres Antrages durch die Mehrheit des Stadtparlamentes (siehe: Antragsbegründung). Die möglichen Einsparungen beträfen zwar nicht den aktuellen Haushalt, hätten aber bei 2/3 Zustimmung ab 2016 jährlich ca. 3.000 EUR eingebracht. Durch Kürzung der Aufwandsentschädigungen und mit weniger Material- bzw. Verwaltungsaufwand wären auf diese Weise in einer Legislaturperiode etwa 18.000 EUR zusammengekommen.

Im Konsolidierungsplan, den wir interfraktionell 2012 beschlossen haben, sind 27 Maßnahmen, die jährlich etwa 300.000 EUR einsparen. Da ich an allen Gesprächen teilgenommen habe, ist es aus meiner Sicht nicht möglich, noch weitere Einsparungen im Ergebnishaushalt vorzunehmen. Darum sind mir kleinere Summen – durch die niemand belastet wird – lieber, als größere Beträge, unter denen unsere Mitbürger zu leiden haben.

Leider sehen das die anderen Fraktionen nicht so. Hier werden Argumente hervorgeholt, die jeder realistischen Grundlage entbehren. Wenn ich von der Mehrheitsfraktion höre, dass eine Reduzierung der Mandate die Meinungsvielfalt gefährdet - oder dann eventuell nicht mehr aus jedem Ortsteil ein Vertreter im Parlament sitzt - dann klingt das für mich wie Hohn. Denn alle Anträge werden vorher in den Fraktionssitzungen diskutiert. Da kann jeder Teilnehmer, nicht nur die Mandatsträger, seine ganz persönliche Meinung einbringen. Doch was nützt das, wenn man sich bei der Abstimmung im Stadtparlament dem Fraktionszwang unterordnen muss?

Freie Wähler sind jedenfalls keinem Fraktionszwang unterworfen und nicht immer einer Meinung, aber beim Thema „*Verkleinerung der Gremien*“ einvernehmlich und werden deshalb nach Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Sperrfrist in 2015 diesen Antrag erneut stellen. Verkleinert wäre das Parlament noch genauso beschlussfähig wie heute, vielleicht sogar effizienter.

In der Borkener Stadtpolitik fordern wir Freien Wähler weiterhin möglichst viel Transparenz und den Willen zu mehr Bürgernähe. Deshalb haben wir auch bei Ermittlung der Niederschlagswassergebühr auf der Offenlegung der städtischen Flächen bestanden - ganz egal, wieviele Mitbürger vom Recht der Einsicht Gebrauch machen. Alle Bürger auf Augenhöhe mit der Stadtpolitik, das ist unser Ziel. Die Verwaltung ist dazu bereit, im Stadtparlament müssen jetzt nur noch die Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Das wird in nächster Zeit ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit sein. Da bin ich jetzt schon auf das Abstimmungsverhalten der Mehrheitsfraktion gespannt.